Nr. 358
A 182
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 1. August 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Karl-Wolfgang Philipp, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Appell an die Deutsche Volkspartei

Tagung des Reichsausschusses

Die Deutsche Volkspartei hat ihren Reichsausschuß in Berlin versammelt. Dr. Scholz, der Nachfolger Stresemanns, hat über seine Versuche berichtet, eine konservative-demokratisch-liberale Einheitspartei von Westarp bis Lemmer zu begründen. Daß dieser Plan zum Scheitern verurteilt war, hat er wohl vorher gewußt. Sein eigentliches Ziel war zunächst wohl, für den kommenden Reichstag eine starre Bindung der bürgerlichen Parteien zu schaffen, auf die Gefahr hin, dadurch das Spiel Hugenbergs und Hitlers zu spielen.

Die inzwischen erfolgte Gründung der Deutschen Staatspartei hat diesen negativen Plan zerstört und darüber hinaus eine Bewegung entfesselt, die auch die Deutsche Volkspartei ergriffen hat. Für einzelne Führer der Deutschen Volkspartei mag es schwer sein, das gewohnte Gleis zu verlassen und sich gründlich umzustellen. Aber noch ist es nicht zu spät, das Beispiel der Demokratischen Partei zu befolgen und die Deutsche Staatspartei zu dem zu machen, was ihren Gründern vorschwebte: zur Zusammenfassung aller Kräfte der Erneuerung und des Aufbaues, soweit sie nicht klassenmäßig oder interessenpolitisch gebunden sind.

Am Nachmittag wurde die Besprechung der Parteiführer fortgesetzt, die Dr. Scholz angeregt hat. Nachdem am Mittwoch alle Gruppen — sowohl die Konservative Volkspartei wie auch die Wirtschaftspartei und die Staatspartei — den Zusammenschluß ohne weiteres abgelehnt hatten, wurde jetzt noch über die Frage eines gemeinsamen Wahlaufrufs und einer eventuellen Fraktionsgemeinschaft im neuen Reichstag verhandelt. Koch-Weser erklärte, daß von einer Bindung, wie sie in einer Fraktionsgemeinschaft zum Ausdruck komme, nicht die Rede sein könne. Gleichzeitig richtete er an die Deutsche Volkspartei den Appell, nachdem der Plan einer Riesenpartei zu Fall gekommen sei, sich auf den Boden der Deutschen Staatspartei zu stellen, wie das die Demokratische Partei bereits getan habe.

*

Die Deutsche Staatspartei teilt mit: **„Zu der Anregung des Herrn Dr. Scholz, in einem gemeinsamen Wahlaufruf die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im neuen Reichstage, erklärt die Deutsche Staatspartei, daß sie einen gemeinsamen Aufruf unterzeichnen wird, der angesichts der Gefahren für Reich und Volk die Notwendigkeit einer durchgreifenden Finanzreform betont, wenn auch die Zentrumspartei und die Bayrische Volkspartei zur Mitunterzeichnung bereit sind. Entscheidungen über Fraktionsgemeinschaften können von der Deutschen Staatspartei nicht heute, sondern erst nach den Wahlen in Ansehung der Zusammensetzung des Reichstages getroffen werden. Das ist umsomehr der Fall, als auch am Mittwoch schon unsere Forderung, festzulegen, daß auf keinen Fall ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in Frage kommen dürfe, abgelehnt wurde.**

Die Deutsche Staatspartei hat bereits die Erklärung abgegeben, daß sie als ihre nächste Aufgabe im neuen Reichstag die Unterstützung einer Regierung ansieht, die die Finanzkrise durch entschlossene und wirksame Maßnahmen beseitigt. Sie versagt sich also nicht der Mitwirkung in einer Staatsfront. Sie ist der Ansicht, daß die notwendige Geschlossenheit im Wahlkampfe sich nur erreichen läßt, wenn verantwortungsbewußte staatsbejahende Kräfte, in einer großen Partei gesammelt, sich einsetzen. Sie betont nochmals, daß sie es begrüßen würde, wenn führende Kreise der Deutschen Volkspartei sich dem Schritt, der zur Staatspartei führt, in voller Gleichberechtigung in Führung und Mitgliedschaft anschließen.“

„Eine Entschließung“

Die Tagung der Deutschen Volkspartei brachte die Annahme einer Entschließung im Sinne der bereits gescheiterten Aktion Scholz. Sie besagt wörtlich:

„Staat und Volk sind in Gefahr! Abwehr der den Staat zerstörenden Kräfte der radikalen Linken und Rechten fordern den Zusammenschluß aller, die bereit sind, Reich und Volk unter der Führung Hindenburgs zu retten. Nur eine wirklich umfassende Sammlung der Parteien unter Zurückstellung aller unzeitgemäßen Unterschiede entspricht der Not des Tages und dem Willen des Volkes. Der Reichsausschuß dankt dem Parteiführer Dr. Scholz, daß er in zäher Arbeit unter Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten diesen Gedanken in die Tat umzusetzen bemüht war.

Die Gründung der Deutschen Staatspartei durch die Führer der Demokratischen Partei unter bewußter Ausschaltung der anderen Parteien der staatsbürgerlichen Mitte bedeutet eine bedauerliche Verfälschung dieses Sammlungsgedankens. **Eine einseitige Anlehnung der Deutschen Volkspartei nach links** würde die Erreichung des Zieles der Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte für immer vereiteln. Für die Deutsche Volkspartei bleibt der Wille zu dieser umfassenden Sammlung bestehen.

Nicht nur unsere Finanzen, nicht nur die deutsche Wirtschaft sind in ihren Fundamenten bedroht. Die Gegensätze in unserem Volke haben sich unter dem Drucke einer sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage und infolge der Unfähigkeit des letzten Reichstages, der Schwierigkeiten Herr zu werden, derart verschärft, daß die ernstesten Gefahren für den inneren Frieden Deutschlands heraufziehen.“

Die Erklärung schließt mit der Feststellung, **daß die gesamte Partei die gefährdete Lage des Staates erkenne und entschlossen sei, in dem bevorstehenden Wahlkampf in voller Einmütigkeit ihre Pflicht zu tun.**

*

Diese Entschließung ist durch die Tatsachen bereits überholt. Außer Dr. Scholz gibt es keinen führenden Politiker, der eine Scheidung zwischen „konservativ“ und „liberal“ für „unzeitgemäß“ und einen Mischmasch von Westarp bis Koch-Weser und Bornemann für tragfähig hält.

Fraktionsgemeinschaft der andern?

Es steht jetzt fest, daß keine Verbindung zwischen der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei zustandekommen wird, und es ist gleichzeitig wahrscheinlich geworden, daß eine solche engere Verbindung zwischen Deutscher Volkspartei, Wirtschaftspartei und der Konservativen Volkspartei abgeschlossen wird.

Bombenflugzeuge zum Antikriegstag

Wie Moskau den 1. August feiert

Moskau, 31. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Antikriegskundgebungen, die die kommunistischen Parteien aller Länder am 1. August abhalten, tragen in Moskau ein ganz anderes Gesicht als im Auslande. Als Auftakt wurden heute der Roten Armee 51 neue Militärflugzeuge übergeben, die aus Sammlungen der Arbeiterschaft gebaut worden sind. Die Parolen für die Demonstrationen und die Inschriften der Plakate wenden sich nicht gegen den Krieg überhaupt, sondern nur gegen den „imperialistischen“ Krieg. Gleichzeitig fordern sie die Stärkung der Kampfkraft der Roten Armee und werben für den Eintritt in die militärischen Vorbereitungsorganisationen.

Das Ergebnis der Ernteaufbringung in den südlichen Gebieten bleibt für den ersten Erntemonat weit hinter den Erwartungen und den vorgesehenen Planziffern zurück, so daß die Presse und die Parteiorganisationen zu größter Kraftanstrengung aller ländlichen Organisationen auffordern, um die Verluste des Juli in den folgenden Monaten auszugleichen. Der Juli hat in der Krim nur 37 v. H., in Usbekistan nur 15 und in der Kirgisenrepublik nur 10 v. H. des Monatsplanes aufgebracht. Die Ernteaufbringung wird besonders durch das Fehlen von Säcken, Speichern und Transportmitteln erschwert.

Paris, 31. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Heute wurde der Chefredakteur der kommunistischen „Humanité“, Florimont Bonte, verhaftet. Aus dem knappen Communiqué der Polizei ist nicht ersichtlich, ob die Verhaftung als Präventivmaßnahme für den 1. August oder auf Grund eines Haftbefehls wegen der blutrünstigen umstürzlerischen Propaganda der „Humanité“ in den letzten Tagen erfolgte.

Bulgarische Notgemeinschaft

Von
Dr. Franz Klein
Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Sofia, im Juli

Neid und Streit ist die Folge, wenn die gemeinsame Decke zu kurz ist.

In Bulgarien ist die Wirkung anders. Am Menschenschlag kann das kaum liegen. Aber wie jede, so bedarf auch die soziale Spannung zweier Pole. „Kein Bauer ohne Land, kein Bauer mit viel Land“, so kennzeichnet mir der Ackerbauminister die Lage. Hier ist die Not allen gemeinsam. Der bulgarische Vater muß seinen Söhnen nicht das Beispiel vom Stäbchenbündel vor Augen führen. Auch der Politik kommt das zugute. Selbst in ihren Hauptfragen gehen die Meinungen nicht weit auseinander. Gewiß, die Parteizerrissenheit ist übermäßig, der Führergruppen gibt es mehr als genug. Aber sie alle wüßten die Geschäfte nicht viel anders zu führen, als sie heute geführt werden. Nicht einmal die Außenpolitik!

Freilich, je weiter eine jener Gruppen von der Möglichkeit der Machtergreifung entfernt ist, desto heftiger klagt sie die Regierung der Erfolglosigkeit im Kampf um den Minderheitenschutz an. Aber fragt man nach der Hauptsache, der mazedonischen Organisation und — was beinahe dasselbe ist — nach dem Verhältnis zu Südslawien, so ist die Meinung einheitlich: die Organisation zu vernichten, wäre niemand stark genug, aber keine Rede davon, daß sie mit Erfolg die Rolle einer Kriegspartei spielen könnte. „Wir haben genug getan für Mazedonien, unser Kriegsschaden war wahrlich groß genug, uns klüger zu machen.“ Der italienisch-ungarisch-bulgarische Block ist ein Wunschtraum Roms und Budapests, ein Alpdruck schlechten Gewissens in Belgrad. Man gebe den Mazedoniern — da sie sich als Bulgaren fühlen, sind sie es — kulturelle Selbstverwaltung, und der Alpdruck wird schwinden.

*

Politische Fragen beziehen ihren Reiz von Gegensätzen. Wirtschaftsfragen sind darauf nicht angewiesen. Ein Glück für das Land, daß endlich, vielleicht zum erstenmal in seiner Geschichte, diese die stärkere Anregung bieten. Ihr gemeinsamer Nenner ist, wir haben es schon angedeutet, der von der Not aller auferlegte Gedanke organisierten Gemeinsinns. Das beginnt schon im Familienverband. Wo das Sparen so schwer ist, wo der erste Gehilfe eines Ministers nicht viel mehr als 300 Reichsmark monatlich bezieht und nach 25 Dienstjahren nur die Hälfte als Ruhegenuß, dort versteht es sich von selbst, daß auch in der Stadt die Eltern mit den erwachsenen Kindern den Haushalt teilen. Der höhere Verband verwandten Geistes, die Genossenschaft, ist geradezu das Wahrzeichen der bulgarischen Wirtschaft. Genossenschaftlicher Häuserbau wirkt deutlich mit an dem Bild dieser Hauptstadt außerhalb ihres um das königliche Schloß gelagerten Kerns, der einer kleinen deutschen Residenz gliche, stünden nicht mitten darin die Kirchen russischen und byzantinischen Stils. Die Rolle der städtischen Genossenschaften und ihrer eigenen Bankenorganisation ist vergleichsweise gering in einem 80 bis 90prozentigen Bauernland. Um so größer ist die der ländlichen Genossenschaften und der Landwirtschaftsbank, in der ihr Kreditsystem gipfelt.

Im Jahre 1863, so beginnt die Geschichte dieser großmächtigen Landwirtschaftsbank, hatte der türkische Sultan im Donau-Wilajet einen klugen, volksfreundlichen Gouverneur, Midhat-Pascha, geheißen. Er sah das Land verkommen in den Händen der Wucherer, die vom Bauern 60 bis 500 v. H. nahmen. So gründete er die erste landwirtschaftliche Kreditkasse, die ihr Kapital aus dem Ertrag des von den Bauern zu diesem Zweck gemeinsam und unentgeltlich bearbeiteten Niemandeslandes bildete. Die Kreditkassen überzogen das ganze Wilajet und als 1903 die Staatliche Landwirtschaftsbank ins Leben trat, wurden sie ihre Zweigniederlassungen. Heute gibt es deren hundert, dazu sechzig Nebenstellen. Unter Einfluß und Führung der Landwirtschaftsbank entfaltete sich das bäuerliche Genossenschaftswesen. Noch ist es überwiegend auf die Kreditvermittlung beschränkt, aber es ist auf dem Wege zu einer echten Wirtschaftsorganisation zum Teil schon merklich vorgeschritten. So gibt es Wein-, Rosenöl-, Seidegenossenschaften und die zwanzig Tabakgenossenschaften haben den Händlern immer schon die Verfügung über ein Zehntel der Tabakerzeugung abwendig gemacht und besorgen selbst die

Industrie- und Handelskammer zu Berlin
2° Zt 1621
Staats-Bibliothek zu Berlin
0001